

Ergebnisprotokoll
über die Sitzung des Akademischen Senats am 12. Januar 2005 (VI/5), von
14.00 Uhr bis 19.00 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Edda Siegl

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder:

Prof. Dr. Wolfgang Bernard, PHF	ab 14.40 Uhr
Prof. Dr. Rudolf Guthoff, MEF	15.15 Uhr bis 16.30 Uhr
Prof. Dr. Michael Hembus, AUF	bis 18.45 Uhr
Prof. Dr. Bernhard Lampe, IEF	
Prof. Dr. Dr. Theodor Nebl, WSF	
Prof. Dr. Dieter Neßelmann, MNF	
Prof. Dr. Dr. Wolfgang D. Gruner, PHF	ab 14.20 Uhr, i. V. von Prof. Dr. W. Nieke, PHF
Prof. Dr. Mathias Paschen, MSF	
Prof. Dr. Peter Schuff-Werner, MEF	bis 16.30 Uhr
Prof. Dr. Anna-Katharina Szagun, THF	bis 17.50 Uhr
Dr. Barbara Amling, SZ	
Dr. Andreas Crusius, MEF	14.20 Uhr bis 15.45 Uhr
Dr. Cornelia Mannewitz, PHF	
Dr. Viola von Oeynhausen, MNF	ab 15.10 Uhr
stud. Christian Beyer, PHF	
stud. Michael Fengler, PHF	ab 16.00 Uhr
stud. Maik Walm, PHF	
stud. Thomas Wolff, MNF	zeitweise abwesend
Ingrid Klingbeil, IEF	
Dr. Christa Radloff, RZ	

Anwesende beratende Mitglieder:

Prof. Dr. Hans Jürgen Wendel	Rektor
Prof. Dr. Detlef Czybulka	Prorektor, bis 18.45 Uhr
Prof. Dr. Karl Hantzschmann	Prorektor
Prof. Dr. Gerd Röpke	Prorektor, bis 17.00 Uhr
Joachim Wittern	Kanzler
Prof. Dr. Wolfgang D. Schareck	Präsident des Konzils, bis 18.50 Uhr
Prof. Dr. Ursula van Rienen	Dekanin IEF
Prof. Dr. Alfred Leder	Dekan MSF
Prof. Dr. Udo Kragl	Dekan MNF, ab 15.45 Uhr
Prof. Dr. Brigitte Vollmar	Prodekanin MEF, bis 15.45 Uhr
Prof. Dr. Hermann Michael Niemann	Dekan THF, bis 17.20 Uhr
Prof. Dr. Jakob Rösel	Dekan WSF, 16.00 Uhr bis 17.20 Uhr
Prof. Dr. Gottfried Benad	Ehrensensator, bis 15.45 Uhr
Prof. Dr. Gerhard Maeß	Ehrensensator, bis 17.30 Uhr

Dr. Gundula Moldenhauer
Prof. Dr. Helga Joswig
stud. Christoph Friederich
stud. Claudia Hantke

Gleichstellungsbeauftragte
Behindertenbeauftragte, bis 18.30 Uhr
stellv. StuRa-Präsident, zeitweise abwesend
stellv. AStA-Vorsitzende, bis 18.00 Uhr

Vorläufige Tagesordnung:

I Regularien

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

II Allgemeine hochschulpolitische Angelegenheiten

(- nichtöffentlicher Teil der Senatssitzung -)

- 2 Gespräch mit Herrn Andreas Bluhm, bildungspolitischer Sprecher der PDS-Fraktion des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

I Regularien – Fortsetzung -

- 3 Genehmigung des Ergebnisprotokolls der Sitzung des Akademischen Senats vom 1. Dezember 2004 (VI/3)

- 4 Beschlusskontrolle

- 5 Anfragen an die Universitätsleitung / Information der Universitätsleitung

III Personalangelegenheiten (- nichtöffentlicher Teil der Senatssitzung -)

- 6 Kenntnisnahme vom Berufungsvorschlag für die Besetzung der W3-Professur „ABWL: Unternehmensrechnung und Controlling“ an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

Bericht: Senatorin Prof. Dr. Szagun, Koreferentin
Prof. Dr. Göbel, Vorsitzender der Berufungskommission

Vorlage: VI/26

IV Angelegenheiten aus Studium und Lehre

- 7 Beschlussfassung über die Prüfungsordnung für Studiengang Rechtswissenschaften an der Juristischen Fakultät

- 8 Beschlussfassung über die Studienordnung für Studiengang Rechtswissenschaften an der Juristischen Fakultät

Bericht: Prof. Dr. Sowada, Studiendekan

Vorlage: VI/27

- 9 Beschlussfassung über die Ordnung zur Evaluation von Studium und Lehre an der Universität Rostock

Bericht: Prof. Dr. Czybulka, Prorektor

Vorlage: VI/28

V Informationen

zu 1

Zu Beginn der Sitzung war der Senat mit 15 und im weiteren Verlauf mit 17 bzw. 16 stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.

zu 2

Herr Bluhm ist seit 1990 Mitglied der PDS-Fraktion des Landtages M-V, Mitglied des Bildungsausschusses des Landtages und seit drei Monaten hochschulpolitischer Sprecher der PDS-Landtagsfraktion.

Herr Bluhm ging in seinem Statement näher auf die Grundpositionen der PDS M-V in der Hochschulpolitik ein. Die Anerkennung der Hochschulautonomie, eine der Grundpositionen, war für PDS in der Zeit der Opposition von 1990 bis 1994 einfacher. In der gegenwärtigen Situation sei die Umsetzung dieser Aufgabe sehr schwierig. Das Bildungsministerium muss bis zum 31. März 2005 einen Entwurf der Eckwerte der Hochschulentwicklung M-V bis 2020 (grundsätzliche Strukturen, Korridor des Landeszuschusses, Höhe der laufenden Mittel und der Investitionsmittel) vorlegen. Herr Bluhm vertrat die Auffassung, dass die anstehenden Aufgaben in der Hochschulpolitik nur im dialogischen Prozess angegangen werden sollten, da nur auf diesem Wege mit einer Akzeptanz der Entscheidungen zu rechnen sei. Herr Bluhm führte weiter aus, dass er sich eine Verschmelzung der beiden altherwürdigen Universitäten in M-V nicht vorstellen kann. Als eine weitere Grundposition der PDS M-V in der Hochschulpolitik legte Herr Bluhm dar, dass zunächst die Bedeutung und die Aufgaben der Hochschulen für M-V (flächenbezogene Studienplätze) von der Landesregierung definiert werden müssten, bevor daraus die Schlussfolgerungen für den Finanzkorridor abgeleitet werden können. Die PDS M-V geht mittelfristig von 24 000 bis 26 000 Studienplätzen und jährlich 4000 bis 5500 Absolventen in M-V aus. Zu weiteren Prämissen zählte Herr Bluhm die Sicherung der Einheit von Lehre und Forschung sowie den Abschluss von Zielvereinbarungen zum Zwecke der Planungssicherheit. Herr Blum sprach sich gegen das Projekt Eliteuniversitäten aus und bekräftigte die Grundposition der Bundes- und Landes-PDS, keine Studiengebühren im Erststudium zu erheben. Die Einführung von BA- und MA-Abschlüssen in allen Studiengängen (z. B. Lehramt) erachtete Herr Bluhm als nicht sinnvoll.

Im Anschluss an seine Ausführungen nahm Herr Bluhm zu den aufgeworfenen Fragen bezüglich der Konkurrenzfähigkeit der Hochschulen, der Einführung von Studiengebühren, der Zukunft der Lehrerbildung, der anstehenden Struktur-entscheidungen und der Investitions- und Finanzpolitik in M-V. Bei der Beantwortung der Fragen vertrat er folgende Positionen:

- Es wird schwer, das gegenwärtige Niveau in der Finanzierung der Hochschulen in M-V zu halten.
- Die Landesregierung muss Prioritäten im Landeshaushalt zugunsten der Bildung setzen. Strukturentscheidungen im Hochschulbereich sind aber unumgänglich.
- Konstruktive Vorschläge seitens der Hochschulen zur Lösung der anstehenden Probleme werden erwartet. Eine einvernehmliche Lösung kann nur im Dialog erfolgen.

Zum Abschluss bedankte sich die Vorsitzende des Senats bei Herrn Bluhm für das interessante Gespräch.

zu1 - Fortsetzung -

Die vorläufige Tagesordnung wurde mit folgenden Ergänzungen bestätigt:

I Regularien – Fortsetzung -

- 4 Beschlusskontrolle
- Bestätigung von studentischen Mitgliedern in den Senatskommissionen

II Allgemeine hochschulpolitische Angelegenheiten

- 10 Beratung zum Themenpapier des Akademischen Senats der Universität Rostock zur Hochschulpolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern und Beratung zur Ideenskizze zur Entwicklung der Universität Rostock vom studentischen Senator Michael Fengler
Vorlagen: Tischvorlage-Nr. VI/30
E-Mail vom 11. Januar 2005

VI Strukturangelegenheiten

- 11 Information zur Einleitung des Berufungsverfahrens für die Wiederbesetzung der W2-Professur für theoretische Atmosphärenphysik an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und am Leibniz-Institut für Atmosphärenphysik Kühlungsborn

Bericht: Prof. Dr. Kragl, Dekan
Tisch-Vorlage: VI/31

zu 3

Das Ergebnisprotokoll der Sitzung des Senats vom 1. Dezember 2004 (VI/3) wurde mit folgenden Änderungen genehmigt:

- In der Anwesenheitsliste der beratenden Mitglieder sind folgende Korrekturen vorzunehmen: 1. richtige Schreibe des Namens von stud. Claudia Hantke 2. Aufnahme von Prof. Dr. Weber, Dekan der Juristischen Fakultät, und stud. Christoph Friederich, stellvertretender StuRa-Präsident, ab 16.00 Uhr in die Anwesenheitsliste.
- Im Satz auf Seite 8 ist die Datumsangabe „Dezember 2005“ durch „Dezember 2004“ zu ersetzen.

Auf Vorschlag des Senators stud. Beyer sollen künftig die studentischen Senatsmitglieder im Protokoll durch einen entsprechenden Zusatz als Vertreter der Gruppe der Studierenden ausgewiesen werden.

zu 6

Der Berufungsvorschlag für die Besetzung der W3-Professur „ABWL: Unternehmensrechnung und Controlling“ an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät wurde von Senatorin Prof. Dr. Szagun vorgestellt. Sie erklärte, dass sie nach Durchsicht der gesamten Berufungsunterlagen nicht transparent nachvollziehen konnte, dass die Kandidatenauswahl durch die Berufungskommission auf der Grundlage der zuvor festgelegten Auswahlkriterien durchgeführt worden ist. Aus dieser Gesamteinschätzung heraus richtete sie Fragen bezüglich der Zusammensetzung und der Arbeitsweise der Berufungskommission sowie zur Qualifikation der

Listenkandidaten und der übrigen Bewerber an den Vorsitzenden der Berufungskommission.

Prof. Dr. Göbel, Vorsitzender der Berufungskommission, nahm zu den aufgeworfenen Fragen Stellung. U. a. berichtete er, dass der Erstplazierte sein Habilitationsverfahren inzwischen erfolgreich abgeschlossen hat. Die beiden übrigen Listenkandidaten werden ihre Habilitation voraussichtlich zum Anfang des Sommersemesters abschließen. Prof. Göbel versicherte, dass die Kandidatenauswahl nur auf der Basis fachlicher Gründe getroffen worden ist.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Auf Nachfrage zur Rolle des Senats in Berufsangelegenheiten erklärte der Rektor, dass die Berichterstattung im Senat in erster Linie der Qualitätssicherung dient. Schon oft wurden im Senat Probleme aufgedeckt, die auf den ersten Blick nicht offensichtlich waren. Zusätzlich gewinnt der Senat einen Überblick in Berufsangelegenheiten.

zu 7 und 8

Prof. Dr. Sowada, Studiendekan der Juristischen Fakultät, erläuterte dem Senat die Gründe für die Erarbeitung einer Prüfungs- und Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaften. Durch Änderungen im Deutschen Richtergesetz und in den Gesetzen zur Juristenausbildung in M-V werden universitäre Schwerpunktbereichsprüfungen zum Bestandteil des ersten Staatsexamens. Die entsprechende Umsetzung dieser Schwerpunktbereichsprüfungen, die mit etwa 30% in die Gesamtnote einfließen, werden an der Fakultät durch die vorliegende Prüfungs- und Studienordnung geregelt. Die Vorsitzende des Senats berichtete, dass die vorliegenden Ordnungen intensiv in der Senatskommission Studium, Lehre und Evaluation diskutiert worden sind.

Im Verlauf der darauf folgenden Aussprache lehnte der Senat mehrheitlich den Vorschlag von stud. Beyer ab, den Nachteilsausgleich im § 9 der Prüfungsordnung auf die „Studierenden mit Kind“ auszuweiten. Prorektor Prof. Dr. Czybulka wies auf einen Fehler in der Vorlage hin: Auf Seite 6 der Prüfungsordnung und Seite 11 und 16 der Studienordnung ist „Bodennutzung im inner-/städtischen Raum“ durch „Bodennutzung im ländlichen Raum“ zu ersetzen.

Im Ergebnis der Diskussion stimmte der Senat mehrheitlich für den vorliegenden Entwurf der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaften. Da aber die studentischen Senatoren geschlossen gegen die Prüfungsordnung votierten, muss die Prüfungsordnung entsprechend der Geschäftsordnung in einer zweiten Lesung im Senat behandelt werden.

Beschlusnummer: VI/25
Abstimmungsergebnis: 12/4/1

Bei einer Stimmenthaltung beschloss der Senat die Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaften.

Beschlusnummer: VI/26
Abstimmungsergebnis: 16/0/1

zu 4

Auf Vorschlag des Studentinnenrates bestätigte der Senat folgende studentische Mitglieder für die **Senatskommissionen**:

- Daniel Münzner aus der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät für die Senatskommission Studium, Lehre und Evaluation
- Sabrina Hanella aus der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät für die Senatskommission Haushalt, Personal und Bau
- Sandro Geister aus der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und Christoph Friederich aus der Juristischen Fakultät für die Senatskommission Forschung, Wissenschaftstransfer und wissenschaftlicher Nachwuchs

Beschlusnummer: VI/27
Abstimmungsergebnis: 16/0/1

Stud. Senator Maik Walm ist aus den Senatskommissionen Studium, Lehre und Evaluation sowie Haushalt, Personal und Bau zurückgetreten.

Die Vorsitzende des Senats informierte, dass Prof. Dr. Felcht die Annahme der Wahl zum **Universitätsrat** abgelehnt hat. Prof. Dr. Felcht hatte seine Ablehnung gegenüber dem Konzilspräsidenten mit dem Hinweis auf seinen derzeitigen hohen Arbeitsaufwand begründet.

Weiterhin informierte die Vorsitzende des Senats, dass Senatorin Dr. Radloff bereits im Sommer 2004 im Zusammenhang mit der Kandidatensuche für den Universitätsrat bei Frau Sabine Christiansen angefragt hatte. Inzwischen liegt eine E-Mail von der persönlichen Referentin vor, in welcher ein starkes Interesse von Frau Christiansen an einer Mitarbeit im Universitätsrat bekundet wird. Die Vorsitzende des Senats hatte darauf hin einen Brief an Frau Christiansen geschrieben. Die Antwort von Frau Christiansen sollte abgewartet werden, bevor der Senat zum weiteren Verfahren Entscheidungen trifft.

Die Vorsitzende des Senats kündigte an, dass der Rektor den **Rechenschaftsbericht 2004** in der Märzsession halten wird. Sie schlug vor, dass traditionell die Konzilsmitglieder zu der Sitzung eingeladen werden.

zu 5

Der Rektor berichtete, dass die Ergebnisse der **Veranstaltung der SPD am 14. Januar 2005 im TZW Warnemünde** gewichtigen Einfluss auf die Entscheidungsfindung der Politiker hinsichtlich der Entwicklung der Hochschulpolitik in M-V haben werden.

Zum Sachstand der **Fakultätsordnung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät** informierte der Rektor, dass das Bildungsministerium den Beschluss des Fakultätsrates, an der Möglichkeit der Abwahl des Dekans in der Fakultätsordnung festzuhalten, im Rahmen der Rechtsaufsicht aufgehoben hat. Das Bildungsministerium begründet die Entscheidung damit, dass das LHG M-V feste Amtszeiten für die Fakultätsleitung vorsieht. Die Abwahlmöglichkeit würde eine vom Gesetzgeber nicht gewollte Verkürzung der Amtszeit in Abhängigkeit von den Mehrheitsverhältnissen ermöglichen und insoweit die Amtsführung der Fakultätsleitung wesentlich beeinträchtigen.

Prorektor Prof. Dr. Czybulka berichtete, dass

- die **Verfahrensregelung für die Einrichtung von Studiengängen und für die Genehmigung von Prüfungs- und Studienordnungen** amtlich bekannt gegeben worden ist. Er schlug vor, dass alle Senatsmitglieder die entsprechende „Amtliche Bekanntmachung“ als Anlage zum Senatsprotokoll erhalten.
- die **ersten von 17 Studiengängen der Philosophischen Fakultät**, u. a. die BA-Studienfächer Sozialwissenschaften, Kommunikationswissenschaften, Öffentliches Recht und klassische Archäologie, durch das Institut ACQUIN **akkreditiert** worden sind. Auf Nachfrage erklärte Prorektor Prof. Dr. Czybulka, dass die Rechnung für die Akkreditierungen noch nicht vorliegt.
- die Universität Rostock erhält eine **Förderung im Rahmen des HRK-Projektes „Kompetenzzentrum Bologna“**. An der Ausschreibung des Projektes hatten sich 107 Hochschulen bundesweit beteiligt. 20 Hochschulen sind von der HRK ausgewählt worden. Ein Experte aus dem o. g. Kompetenzzentrum wird die Universität bei der Umsetzung der Bologna-Reformen für zwei Jahre unterstützen.
- die **Senatskommission Studium, Lehre und Evaluation** immer noch vor dem Personalproblem steht, den Vorsitz zu besetzen. Er appellierte an alle Senatoren, sich für eine Mitarbeit in der Senatskommission zu entscheiden.

Der Kanzler Informierte darüber, dass er aufgrund der fortwährenden Probleme eine **Organisationsuntersuchung im Personaldezernat** veranlassen wird. Als Gründe für die Probleme zählte der Kanzler u. a. auf: Krankheit, Verfahrensregularien, geringere Personalkapazitäten aufgrund der tariflichen Arbeitszeitabsenkung. Weiterhin verwies der Kanzler auf Probleme bezüglich der Aufgabenabgrenzung zur Personalkoordinierungsstelle des Innenministeriums (PKS). Die PKS fordert eine Beteiligung bei der Besetzung aller nichtwissenschaftlichen Stellen, einschließlich der befristeten Stellen und Altersteilzeitstellen. Zur Klärung der Probleme wurde am 20. Januar 2005 ein Gespräch mit dem Leiter der PKS, Herrn Hansen vom Bildungsministerium und allen Kanzlern anberaumt.

Auf Nachfrage sagte der Kanzler, dass die Kosten für die Organisationsuntersuchung noch nicht genannt werden können, da das angeforderte Angebot von der HIS GmbH noch nicht vorliegt. Die HIS GmbH soll derartige Untersuchungen schon an anderen Hochschulen durchgeführt haben. Der Kanzler erhofft, dass Erfahrungen aus anderen Hochschulen genutzt werden können und dass im Ergebnis kapazitative und Verfahrensablaufanalysen vorliegen werden.

Die Vorsitzende des Senats fragte nach dem Sachstand der **Verwendung der eingesparten Personalmittel für Baumaßnahmen in der Parkstraße**. Gegenüber der Presse (Ostseezeitung „Land stoppt Bauplan der Uni“ vom 17. Dezember 2004) hatte der Kanzler informiert, dass das Finanzministerium der Verwendung der Mittel für Bauinvestitionen nicht zugestimmt hat.

Der Kanzler erklärte, dass noch keine Klärung zugunsten der Universität herbeigeführt werden konnte. Der zuständige Abteilungsleiter im Finanzministerium, Herr Wille, hat als Reaktion auf ein entsprechendes Schreiben des Kanzlers einen gemeinsamen Gesprächstermin im Februar 2005 anberaumt und einen Vor-Ort-Besuch zugesagt.

Prorektor Prof. Dr. Czybulka berichtete, dass die Ordnung zur Evaluation von Studium und Lehre an der Universität Rostock bereits im Dezember 2003 im Senat beschlossen worden ist. Das Bildungsministerium hatte die Ordnung an die Universität mit datenschutzrechtlichen Auflagen zurückgegeben. Diese wurden nun umgesetzt.

In Verlauf der Aussprache wurden folgende Änderungsvorschläge unterbreitet:

- In § 2 Absatz 2 sind die Belange der behinderten und chronisch kranken Studierenden entsprechend zu berücksichtigen.
- § 8 Absatz 2 sollte stilistisch überarbeitet werden.

Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschloss der Senat die Ordnung zur Evaluation von Studium und Lehre an der Universität Rostock.

Beschlusnummer: VI/28
Abstimmungsergebnis: 12/1/3

zu 11

Der Antrag zur Wiederbesetzung der W2-Professur für theoretische Atmosphärenphysik an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und am Leibnitz-Institut für Atmosphärenphysik Kühlungsborn wurde durch Prof. Dr. Kragl, Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, vorgestellt.

Auf die Nachfrage zu den Lehrverpflichtungen der Professur in der Fakultät erklärte Prof. Dr. Kragl, dass die Lehrverpflichtung entsprechend der Kooperationsvereinbarung der Fakultät mit dem Leibnitz-Institut für Atmosphärenphysik Kühlungsborn in der Regel zwei bis vier Semesterwochenstunden entspricht.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

zu 10

Die Beschlussfassung zum Thesenpapier war in der Sitzung am 5. Januar 2005 mit dem Hinweis auf zahlreiche Änderungswünsche zurückgestellt worden. Bis zur Sitzung waren neun Stellungnahmen von Senatsmitgliedern eingegangen. Die Vorsitzende des Senats begründete anschließend die Aufnahme beziehungsweise die Ablehnung der Änderungsvorschläge in das nun vorliegende Thesenpapier.

Zum überarbeiteten Thesenpapier, zur Ideenskizze des stud. Senators Fengler und zum weiteren Verfahren fand eine kontroverse Diskussion statt. In der Aussprache zeichnete sich deutlich ab, dass kein Konsens über einen Beschluss des Thesenpapiers erzielt werden kann. Mehrere Senatsmitglieder äußerten sich kritisch zum kurzfristigen Versand der Ideenskizze des stud. Senators Fengler als Tischvorlage. Inhaltlich wurde bemängelt, dass die Vorschläge zur Strukturentwicklung ohne nachvollziehbare Begründungen aufgelistet worden sind.

Im Ergebnis der Diskussion wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Auf Vorschlag der Vorsitzenden des Senats wurde das Thesenpapier zurückgezogen.
2. Die vom Senat in seiner Sitzung am 1. Dezember 2004 eingesetzte Arbeitsgruppe (Senatoren Prof. Dr. Paschen, Prof. Dr. Guthoff und stud. Fengler in Zusammenarbeit mit dem Rektor) erarbeitet auf der Grundlage des Universitätsentwicklungsplanes 2004 bis 2008 ein neues Positionspapier.

Beschlusnummer: VI/29
Abstimmungsergebnis: 13/0/3

3. Senator Prof. Dr. Paschen übernimmt die organisatorische Leitung der Arbeitsgruppe.

Beschlusnummer: VI/30
Abstimmungsergebnis: 16/0/0

bestätigt:

Prof. Dr. Edda Siegl
Vorsitzende des Senats

Protokoll:

Isabella Gatzke
Referat 1.2